

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Soziales und Integration vom 21. Januar 2021
– Drucksache 16/9792**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten
COM(2020) 726 final (BR 739/20)**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Soziales und Integration vom 21. Januar 2021 – Drucksache 16/9792 – Kenntnis zu nehmen.

27. 01. 2021

Die Berichterstatterin:

Barbara Saebel

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums für Soziales und Integration, Drucksache 16/9792, in seiner 40. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 27. Januar 2021.

Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE brachte vor, die Mitteilung des Ministeriums für Soziales und Integration zum Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten, Drucksache 16/9792, schließe sich inhaltlich an die Mitteilung zum Verordnungsvorschlag zu einer verstärkten Rolle der Europäischen Arzneimittel-Agentur bei der Krisenvorsorge und dem Krisenmanagement in Bezug auf Arzneimittel und Medizinprodukte, Drucksache 16/9791, an. In der derzeitigen Pandemie sei deutlich geworden, dass die Rolle des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten im Hinblick auf die Gesundheitskrisenvorsorge und -reaktion gestärkt werden müsse. Nach Meinung einiger Wissenschaftler sei die Covid-19-Pandemie nur der Anfang einer Reihe von Pandemien. Es könnte sein, dass das Pandemiegeschehen in irgendeiner Form weitergehe. Daher sei eine Stärkung des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten sicherlich sinnvoll.

Ausgegeben: 01.02.2021

1

Es sei vorgesehen, dass das Zentrum den Mitgliedsstaaten Risikobewertungen bereitstelle. Es solle die Datenerhebung, -validierung, -analyse und -verbreitung koordinieren. Die Mitgliedsstaaten müssten dem Zentrum die entsprechenden Daten melden. Diese Informationen sollten nicht auf nationaler Ebene verbleiben, sondern weitergeleitet werden, damit alle europäischen Staaten davon Kenntnis erlangen könnten. Überdies solle ein Überwachungssystem für übertragbare Krankheiten aufgebaut werden. Darüber hinaus sollten die Länder bei der Bereitschaftsplanung durch eine EU-Gesundheits-Taskforce am Zentrum selbst unterstützt werden. Ferner werde eine Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit angestrebt. Des Weiteren solle das Zentrum Frühwarn- und Reaktionssysteme betreiben.

Vorsitzender Willi Stächele merkte an, das Vorhaben sollte weiterhin begleitet werden.

Abg. Isabell Huber CDU zeigte auf, die Mitteilungen des Ministeriums für Soziales und Integration, Drucksachen 16/9791, 16/9792 und 16/9793, könnten im Grunde gemeinsam betrachtet werden. Diese beschrieben den Weg zu der im November bereits angestrebten europäischen Gesundheitsunion. Nun würden einzelne Punkte konkretisiert. Dabei müsse darauf geachtet werden, dass keine Doppelstrukturen geschaffen würden. Trotz allem sollte in diesem Bereich grenzüberschreitend zusammengearbeitet werden.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) hielt das Ganze erstens für unnötig, zweitens für zusätzliche Bürokratie und drittens für gefährlich. Er sei davon überzeugt, dass es, wenn es erst ein solches Zentrum gebe, auch eine Pandemie nach der anderen geben werde.

Abg. Sabine Wölfl SPD legte dar, ihres Erachtens zeige gerade die Pandemie, dass es wichtig sei, innerhalb der EU zusammenzuarbeiten. Viren machten vor keiner Grenzkontrolle halt. Sie überschritten die Grenzen mühelos. Deshalb sei auch in diesem Bereich eine Zusammenarbeit wichtig.

Auch sie sei der Meinung, dass die drei Mitteilungen des Ministeriums für Soziales und Integration, Drucksachen 16/9791, 16/9792 und 16/9793 im Grunde zusammengehörten. Es sei wichtig, zentrale digitale Plattformen für den Informationsaustausch zu entwickeln. Wissenschaftliche Expertise sollte ausgetauscht werden können. Ebenso sollten Risikobewertungen gemacht werden.

Eine wichtige Schlussfolgerung aus dieser Pandemie sei, dass gerade die EU hier zeigen könne, dass grenzüberschreitend gemeinsam gehandelt werde. Wie schon im Föderalismus – jedes Bundesland mache etwas anderes – gebe es auch in der EU kein abgestimmtes Vorgehen. Ihres Erachtens wären alle deutlich weiter, wenn die Mitgliedsstaaten der EU schon jetzt gemeinschaftlich handeln würden. So erweise sich derzeit beispielsweise die Besorgung des Impfstoffs als schwierig. Ihrer Ansicht nach könne dieses europäische Vorhaben die Europäische Union nur stärken. Sie halte das für den richtigen Weg.

Ohne Widerspruch empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 16/9792 Kenntnis zu nehmen.

29. 01. 2021

Saebel